

**DER BUNDESMINISTER
FÜR LANDESVERTEIDIGUNG**

GZ 10 072/163-1.13/89

**II-7654 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

Fertigstellung der Ostarrichi-Kaserne in Amstetten sowie Kauf von Liegenschaften für einen Truppenübungsplatz;

Anfrage der Abgeordneten Dr. Fertl und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung, Nr. 3563/J

3514IAB**1989-06-02****zu 3563/J**

Herrn

Präsidenten des Nationalrates

Parlament

1017 Wien

In Beantwortung der seitens der Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Fertl und Genossen am 5. April 1989 an mich gerichteten Anfrage Nr. 3563/J beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1:

Zunächst ist festzustellen, daß nach der bestehenden Kompetenzrechtslage die Zuständigkeit für den militärischen Hochbau auch hinsichtlich der Budgetierung beim Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten gelegen ist.

Für die erste, bereits abgeschlossene Bauetappe sind noch Bauträgerrückzahlungsraten bis 1992 zu entrichten (Gesamtkosten: 480 Mio S, Jahresrate 1989: 38 Mio S). Soweit derzeit absehbar, wird es infolge der beschränkten Budgetsituation daher erst im Jahre 1992 möglich sein, den Bau der ergänzenden Infrastruktur fortzusetzen.

Zu 2:

Mit einem Vollausbau ist auf Grund der vorstehenden Ausführungen nicht vor dem Jahr 1998 zu rechnen.

- 2 -

Zu 3 bis 5:

Nein, bisher haben lediglich unverbindliche Gespräche mit dem zuständigen Mitglied der Niederösterreichischen Landesregierung, Landesrat Blochberger, über die Interessenslagen des Landes Niederösterreich und des Bundesministeriums für Landesverteidigung stattgefunden.

Zu 6:

Ja.

Zu 7:

Derzeit liegt lediglich ein Schätzgutachten vor, welches sich auf 157 Mio Schilling beläuft.

Zu 8 bis 10:

Derzeit werden ressortinterne Überprüfungen dahingehend angestellt, ob überhaupt ein konkreter Bedarf an dieser Liegenschaft besteht. Eine Entscheidung über einen allfälligen Ankauf ist noch nicht gefallen. Selbstverständlich würde das Bundesministerium für Landesverteidigung gegebenenfalls bemüht sein, die Proteste der Amstettener Bevölkerung im größtmöglichen Umfang zu berücksichtigen.

Zu 11:

Nein.

Zu 12:

Nein.

31. Mai 1989

